

# Credit Suisse Sorgenbarometer 2018

58 %

finden, der Egoismus gefährde die Schweizer Identität – damit könnte auch das Vereinssterben gemeint sein.

Die MILIZFEUERWEHR BASEL-STADT ist seit 1845 tätig und hat zurzeit 115 Mitglieder. Sie unterstützt die Berufsfeuerwehr und wird eingesetzt bei Brand- und Elementarereignissen, dem Wassertransport über lange Strecken, dem Aufbau und Betrieb der mobilen Sanitätshilfestelle, bei Sicherheitswachen und vielem mehr.



In der Schweiz dürfen 5 357 836 Menschen wählen und abstimmen.  
Was beschäftigt sie? Wem vertrauen sie? Welche Werte zählen?  
Das Sorgenbarometer misst der Stimmbevölkerung die Temperatur.



# LÖSUNGEN SIND GEFRAGT



Das Sorgenbarometer ist nicht nur eine Orientierungshilfe für die öffentliche Meinungsbildung, es gehört nach über 40 Jahren auch zum politischen Inventar der Schweiz. Alljährlich zeigt es auf,

was die Schweiz denkt und fühlt und hat wohl schon zu einigen politischen Vorstössen angeregt. «Das Sorgenbarometer», sagt Bundesrat Ignazio Cassis, «ist ein wichtiges politisches Instrument für die Schweiz; es zeigt Entwicklungen und Zusammenhänge über einen längeren Zeitraum auf – das ziehe ich dem aktualitätsgetriebenen Röntgenblick einer einmaligen Umfrage vor» (ab Seite 58).

In der Tat: Auch das Hauptresultat der diesjährigen Umfrage lässt sich nur über die lange Sicht richtig einordnen. Bei zwei Dritteln der 37 Erhebungen seit 1976 war die Arbeitslosigkeit die grösste Sorge. Dieses Jahr liegt sie gerade einmal auf Rang sechs, noch 22% ordnen sie unter den grössten Problemen der Schweiz ein.

Der Arbeitsplatz gilt als gesichert. Und trotzdem gibt es viel zu tun im vermeintlichen Paradies Schweiz. Grosse politische Entscheide stehen an, und das Elektorat verlangt nach Lösungen: bei der AHV, den Krankenkassen, den europäischen Beziehungen. Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Manuel Rybach

Global Head of Public Affairs and Policy

1 Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer (S. 54)

Bundesrat Ignazio Cassis «Es gibt keine Versicherung für den Wohlstand.» (S. 58)

Spezial: Altersvorsorge (S. 60)

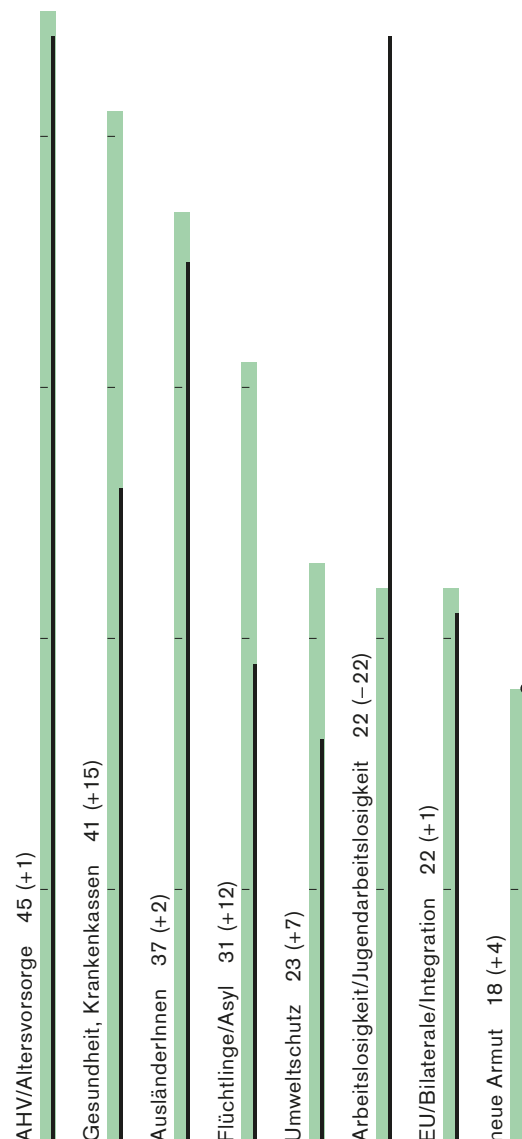
2 Vertrauen und Politik (S. 63)

3 Ausland und EU (S. 66)

Unternehmerin Franziska Tschudi Sauber «Ich wünschte mir etwas Aufbruchstimmung.» (S. 68)

4 Bedrohte Identität (S. 69)

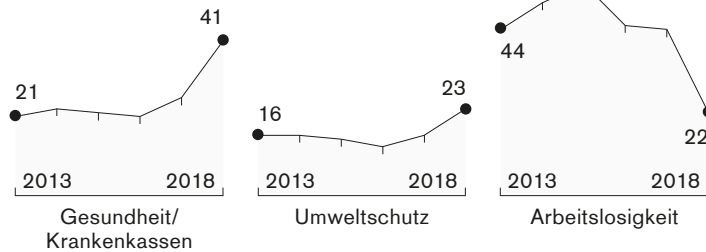
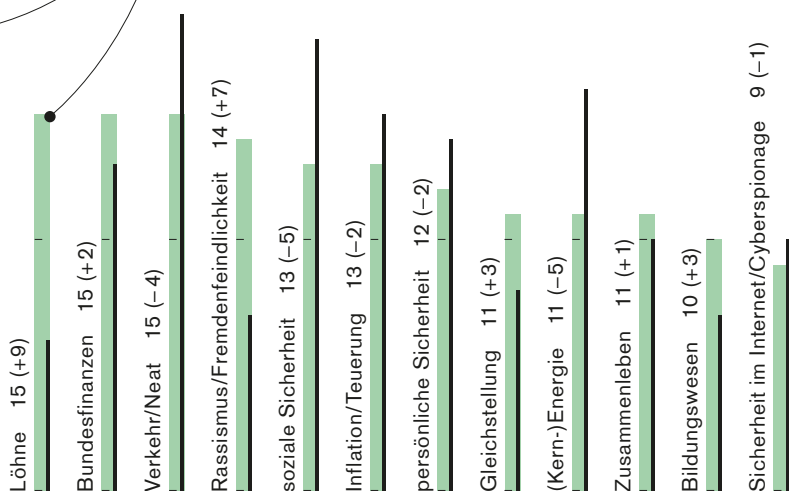
1



## Neue Prioritäten

Die Topsorge Arbeitslosigkeit verliert an Bedeutung, die Digitalisierung verursacht wenig Jobverlustängste. Die drängendsten Probleme: Rente, Gesundheit und Migration.

Jeden sechsten Befragten beschäftigen materielle Sorgen.



## 1.1 Innenpolitik vorn

**DAS SORGENBAROMETER** «Wählen Sie jene fünf Themen, die Sie persönlich als die wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.»

■ 2018 ■ Vorjahr [in%]

Seit dem ersten Credit Suisse Sorgenbarometer von 1976 steht die Frage nach den grössten Problemen der Schweiz im Mittelpunkt der Studie und gibt einen einzigartigen Einblick in die Gemütslage der Stimmbevölkerung. Das bemerkenswerteste Resultat der aktuellen Ausgabe **Abb. 1.1**: Der langjährige Spitzenreiter Arbeitslosigkeit ist auf Rang 6 abgerutscht.

Doch zuerst zu den vorderen Klassierungen: 45% (+1 Prozentpunkt) des Elektorats bezeichnen die AHV/Altersvorsorge als die grösste Sorge und ordnen der Rentensicherung auch die höchste Priorität zu **Abb. 1.3**. Ein Hauptgrund dafür dürfte die Debatte anlässlich der gescheiterten AHV-Reform sein (siehe dazu den Fokusbeitrag auf Seite 60).

Auf Rang 2 der Sorgenrangliste folgt die Gesundheit, wozu auch Krankenkassen zählen (41%, +15 pp). Das Thema hat, wie die Rente, über die letzten zwei Jahre stark zugelegt und seiner Lösung kommt die zweithöchste politische Priorität zu. Interessant: Die beiden Bereiche entwickelten sich über die letzten 30 Jahre parallel, von Ende 1980 bis 2000 nahm ihre Bedeutung stark zu und stieg auf

weit über 50%. Im Nachgang von 9/11, dem Platzen der Internetblase und zunehmender Immigration traten jedoch andere Themen in den Vordergrund, 2016 wurden AHV und Gesundheit noch von weniger als 30% als Problem gesehen.

Hinter dem Renten- und Gesundheitsblock reihen sich die Themen rund um Migration ein, Ausländerinnen und Ausländer (37%, +2 pp) und Asylfragen (31%, +12 pp). Damit gewinnen diese Sorgen nach drei Jahren erstmals wieder an Bedeutung, in einer Zeit, in welcher der Wanderungssaldo und die Flüchtlingszahlen leicht zurückgehen.

Auf Rang 5 der grössten Probleme der Schweiz folgt der Umweltschutz (23%, +7 pp). Er wird seit 2016 wieder wichtiger, hat aber bei Weitem noch nicht die Bedeutung wie in den 1970er und 1980er Jahren, als er regelmässig von 70% der Befragten zu den grössten Problemen der Schweiz gezählt wurde. «Dieses Jahr», sagt Studienleiter Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern, «könnte der äusserst warme und trockene Sommer für das Umweltthema





18 %

sorgen sich um die neue Armut in der Schweiz, 2017 waren es 14 %.

Das SCHWEIZERISCHE ROTE KREUZ (SRK) ist ein Hilfswerk und bietet Unterstützung in den Bereichen Entlastung, Gesundheit/Integration, Rettung/Suche und Bildung. Das SRK wurde 1866 gegründet, seine Secondhandläden (im Bild) ermöglichen Menschen mit geringem Einkommen, sich kostengünstig einzukleiden.



sensibilisiert haben – der Klimawandel wurde in den Medien sehr oft thematisiert.»

Das erstaunlichste Resultat der diesjährigen Umfrage ist jedoch der erwähnte Bedeutungsverlust der Arbeitslosigkeit. Ein historisches Resultat. Das Sorgenbarometer wurde vor 42 Jahren lanciert. In den bisherigen 37 Erhebungen (anfänglich wurde es zweijährlich durchgeführt) war die Arbeitslosigkeit 24 Mal die grösste Sorge. Im Durchschnitt über alle Erhebungen betrachteten sie knapp 60% als grösstes Problem der Schweiz. Dieses Jahr nun liegt die Arbeitslosigkeit an sechster Stelle, genannt von 22%, ein Minus von 22 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. In der Sorgenbarometer-Geschichte gab es nur einmal einen vergleichbar tiefen Wert: In den Boomjahren nach dem Mauerfall und der Öffnung des Ostens sank die Arbeitslosenquote auf 0,5% und die Sorge auf 21% (1990). Auch heute ist die Arbeitslosenquote wieder relativ tief (2,4%, August 2018), vor allem aber ist sie in den letzten Jahren stark gesunken. Entsprechend zurückpriorisiert wurde die Arbeitslosigkeit auch als politisches Ziel [Abb. 1.3.](#)

Optimistisch zeigen sich die Befragten für die Zukunft. Trotz der zunehmenden Digitalisierung und des drohenden Verschwindens von Arbeitsplätzen durch den technologischen Fortschritt bezeichnen es 75% als unwahrscheinlich, dass ihr Job in den nächsten 20 Jahren automatisiert wird. Ambivalent beurteilt werden hingegen die grundsätzlichen Auswirkungen der neuen Technologien [Abb. 1.2.](#) Sowohl positive wie kritische Aussagen erhalten hohe Zustimmung: «Die neuen Technologien verbessern die Lebensqualität» und «sorgen für mehr Übersicht auf dem Arbeitsmarkt und verbessern die Chancen»

und «man wird eher gefunden von potenziellen Arbeitgebern» – all diese Aussagen erreichen mindestens 60% Zustimmung. Ebenso viel oder mehr Bejahung erhalten aber auch: «Die neuen Technologien machen die Gesellschaft bequem» und «vereinfachen die staatliche Kontrolle», «sie machen die Gesellschaft verletzlicher» und «provizieren psychische Krankheiten».

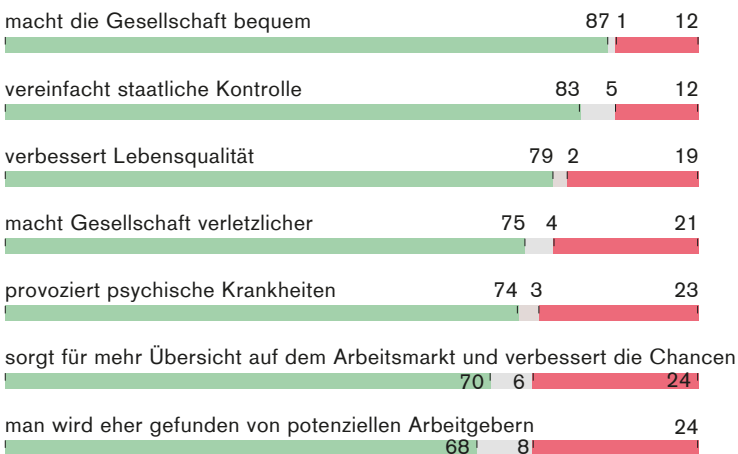
Der Job ist gesichert, die Chancen und Risiken der Digitalisierung sind bekannt – ist auf dem Arbeitsmarkt Schweiz also alles gut? Nicht ganz. Die Bedenken um neue Armut (18%, +4pp) und Löhne (15%, +9pp) haben zugenommen, jeden Sechsten beschäftigen materielle Sorgen. Studienleiter Lukas Golder sieht dies als «Hinweis darauf, dass sich die Ungleichheit verschärft und die Zahl der sogenannten Working Poor zunimmt». Damit zusammenhängen könnte, dass die Reallöhne nur langsam zunehmen und jüngst leicht zurückgegangen sind – trotz der guten Konjunktur. ■

75% finden, es sei unwahrscheinlich, dass ihr Job in den nächsten 20 Jahren durch einen Roboter, neue Technologien oder intelligente Software automatisiert wird.

### 1.2 Chancen und Risiken

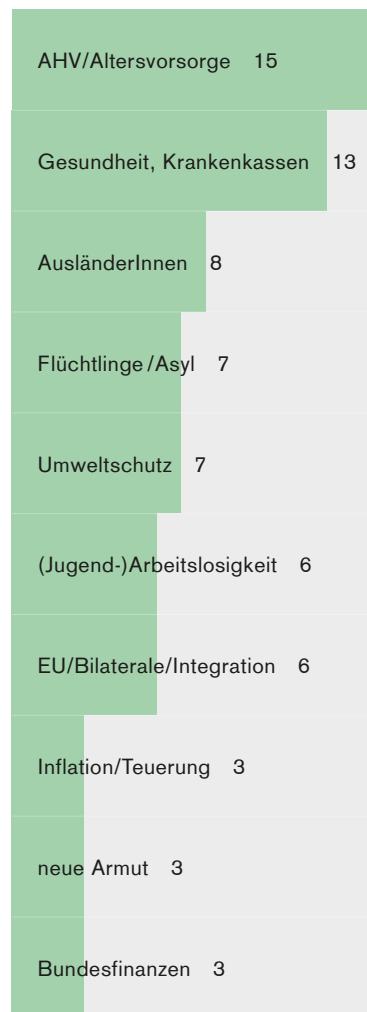
**DIGITALISIERUNG** «Welche Auswirkungen hat Technologie auf Ihr Alltagsleben und auf die Zukunft Ihrer Arbeit?»

■ sehr/eher einverstanden ■ weiss nicht/k. A.  
■ eher nicht/nicht einverstanden [in%]



### 1.3 Viel zu tun

**POLITISCHE PRIORITÄTEN** «Welches der Probleme der Schweiz müsste zuerst gelöst werden?» [in%]



# «Es gibt keine Versicherung für den Wohlstand»

Bundesrat Ignazio Cassis sorgt sich um die Prosperität der Schweiz, möchte die Volkskrankheit Perfektionismus heilen und hält ein Plädoyer für die Bilateralen.

Interview Manuel Rybach



Ignazio Cassis (57) ist seit 2017 Vorsteher des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Vor seiner Wahl in den Bundesrat war der promovierte Mediziner während zweier Jahre Präsident der Bundeshausfraktion der FDP – Die Liberalen, der er seit seiner Wahl in den Nationalrat 2007 angehörte.

Dieses Interview wurde am 12. September 2018 geführt, Anm. d. Red.

Herr Bundesrat, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehen bei der Rente, bei Gesundheit und Krankenkassen sowie bei Migrationsthemen die grössten Probleme. Wie interpretieren Sie diese Sorgen? Sie widerspiegeln die klassischen Sorgen von reichen Ländern. Migration, Arbeitslosigkeit und die Altersvorsorge drehen sich um Kernthemen unserer Gesellschaft: Sicherheit, Eigenständigkeit und die Sicherung unseres Wohlstands. Interessant ist, dass der Themenbereich Gesundheit und Krankenkassen wieder virulenter geworden ist, obwohl die Diskussion um die steigenden Krankenkassenprämien ja seit Jahren gleich intensiv geführt wird.

Woran könnte das liegen?

Der Schuh drückt offenbar auch situativ und abhängig von der Aktualität. Andere Probleme wie Ausländer, Flüchtlinge und die Arbeitslosigkeit wurden in den letzten Jahren wohl als noch wichtiger wahrgenommen als die Gesundheit. Die Migration hat aber abgenommen und die Arbeitslosigkeit ist heute tief.

Wo orten Sie persönlich die wichtigsten Probleme des Landes?

Materiell Sorge ich mich um den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir dürfen nicht einfach davon ausgehen, dass unser Reichtum gottgegeben ist. Wir müssen uns bewusst sein: Es gibt keine Versicherung für den Wohlstand. Jede und jeder von uns ist verantwortlich dafür.

Welche Faktoren sind für den Erfolg des Standorts Schweiz entscheidend?

Wir sollten uns drei zentrale Voraussetzungen in Erinnerung rufen: Wir brauchen offene Märkte, die Eigeninitiative muss gefordert und gefördert werden und wir benötigen Innovation. Letzteres klingt so einfach, verlangt aber ein Umdenken. Wir Schweizer leiden infolge des Wohlstands unter der Krankheit des Perfektionismus. Innovation ist jedoch mit Risiken und Fehlern verbunden. Deshalb müssen wir eine Fehlerkultur etablieren, die nicht negativ, sondern produktiv ist.

Europa folgt im Sorgenbarometer auf Rang 7. Sorgen sich zwischen 1985 und 1990 noch 40 % um EU/Bilaterale/Integration, so sind es heute nur noch 22 %. Unterschätzt die Bevölkerung die Bedeutung der Beziehungen zur EU?

Das glaube ich nicht. Ich habe eher den Eindruck, dass sich das Thema entspannt hat. Vor einem Jahr – im Schlussspurt des Wahlkampfes für den Bundesrat – war die Aufregung über «fremde Richter» und den «Tod der direkten Demokratie» viel grösser als heute. Inzwischen hat die Bevölkerung verstanden, worum es geht, nämlich um die Regelung des Marktzugangs und nicht um das Ende der Demokratie, wie hie und

da behauptet wurde. Vielleicht ist das auch ein Resultat der grossen Aufklärungsarbeit, welche die Wirtschaftsverbände dieses Jahr gestartet haben und gemeinsam mit der Politik verrichten.

Gefragt, wie das künftige Verhältnis der Schweiz zur EU aussehen soll, sagten im Sommer 2018, dem Zeitpunkt der Befragung, 65 %, sie wollten die Bilateralen fortsetzen. Ausserdem finden 82 %, die Bilateralen seien wichtig oder gar sehr wichtig. Wie sehen Sie das künftige Verhältnis der Schweiz zur EU?

Was will die Schweiz mit den Bilateralen: Sie will den bestmöglichen EU-Marktzugang bei grösstmöglicher Souveränität. Damit sind zwei grundlegende Ziele unserer Verfassung abgedeckt, nämlich Wohlstand und Eigenständigkeit. Wenn die Bilateralen aus unserer Warte auch künftig der richtige Weg sind, brauchen wir das Einverständnis der EU. Allein heiraten, das geht nicht – es braucht bekanntlich zwei. Nun arbeiten wir mit dem institutionellen Rahmenabkommen an einer Lösung – und wie die EU versuchen auch wir, das Optimum für die Schweiz herauszuholen.

Über die Hälfte der Befragten meint, Handelsbeziehungen mit Drittstaaten wie China oder den USA könnten den Verlust ausreichend kompensieren, sollte sich der Marktzugang zur EU für die Schweizer Wirtschaft verschlechtern. Ist diese Ansicht realistisch?

Theoretisch wäre das möglich, aber konkret dürfte das sehr viel Zeit benötigen. So schnell ändern die Firmen weder ihre Geschäftsmodelle noch ihre Kundenschaft. Ausserdem: Ich will nicht einfach «kompensieren» – das ist mir nicht ehrgeizig genug. Ich will Wachstum mit der EU und mit Drittstaaten. So bleibt die Schweiz vorn dabei. Deshalb sind wir für die nächsten Jahrzehnte darauf angewiesen, das Gros unserer Handelsbeziehungen mit der EU zu pflegen. Vor allem – und das möchte ich betonen – mit unseren Nachbarländern. Ihre Bedeutung dürfen wir nicht unterschätzen.

Inwiefern?

Drei Beispiele: Das Handelsvolumen mit unseren angrenzenden Regionen ist um fast ein Viertel grösser als das gesamte Handelsvolumen mit allen BRICS-Staaten,

also mit Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, zusammengenommen. Unser heutiges Handelsvolumen allein mit Baden-Württemberg und Bayern ist fast ein Viertel grösser als jenes mit China und jenes mit der Lombardei ist grösser als das mit Japan. Natürlich wollen wir auch in den neuen Märkten wachsen, aber es wäre illusorisch zu denken, dass wir kurzfristig den EU-Markt durch andere, weit entfernte Handelspartner austauschen können.

69 % wünschen sich von der Politik ein offensiveres Verhalten gegenüber dem Ausland. Wie interpretieren Sie das? Ich verstehe es als Appell, dass die Schweiz selbstsicherer auftreten und deutlicher sagen soll, dass uns unsere Souveränität und unsere Grenzen wichtig sind. Dies entsprach lange nicht dem Zeitgeist, aber langsam wird es in Europa wieder zum Mainstream. Ein solches Selbstvertrauen ist wichtig, aber gleichzeitig ist Selbstüberschätzung falsch. Wir sind, was wir sind. Nämlich 8,5 Millionen Menschen im Herzen von Europa, umgeben von der EU. Wir sind diplomatisch und wirtschaftlich bedeutend, aber wir sind keine militärische Weltmacht. Deshalb sind wir auf funktionierende multilaterale Regelungen angewiesen.

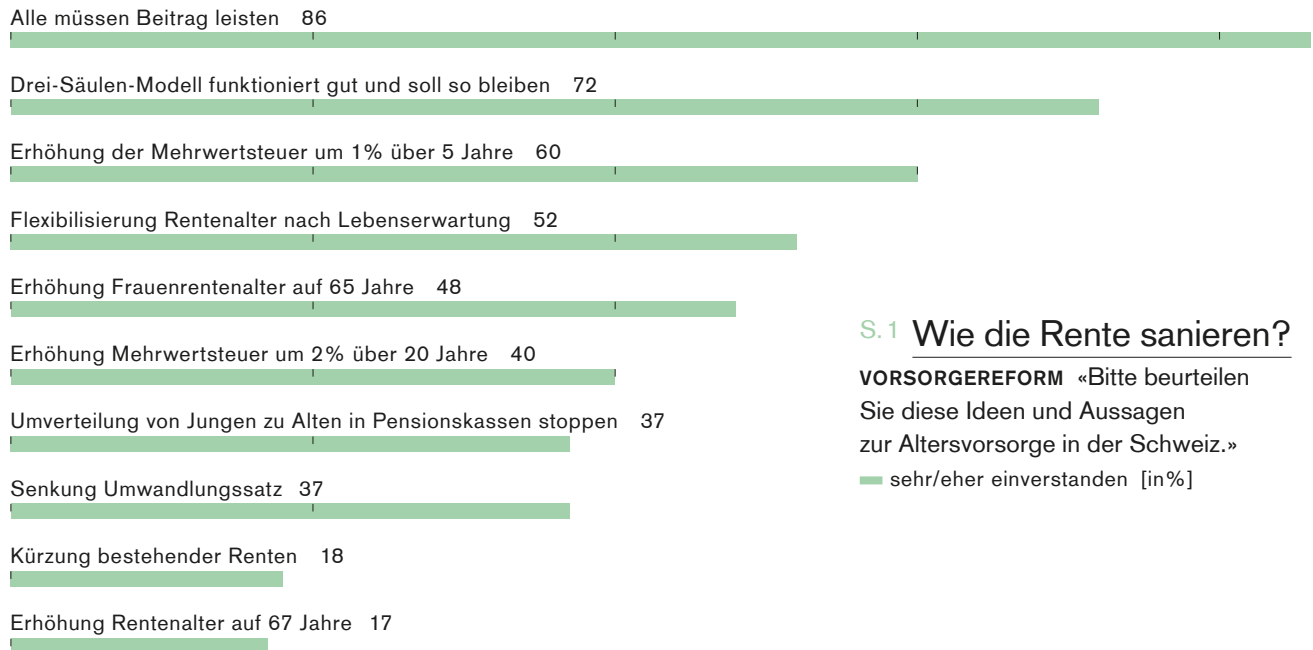
Sie arbeiten an der aussenpolitischen Vision 2028. Wohin geht die Reise?

Wie bereits erwähnt, schlägt das Globalisierungsspendel derzeit um und Grenzen bekommen wieder eine grössere Bedeutung. Dadurch entsteht eine multipolare und unsicherere Welt mit unterschiedlichen Playern. Das heisst für uns, dass wir uns flexibel und clever positionieren müssen. Etwa bei einem offenen Dialog mit allen Ländern und beim Anbieten unserer Guten Dienste. Je mehr Pole, desto mehr Risiko von Spannungen. Und wir Schweizer sind die Entspannungsspezialisten. Eine weitere Folge der Polarisierung wird sein, dass das Reisen wieder etwas schwieriger werden dürfte, mit mehr Kontrollen, Visa und so weiter. Dies wird unseren konsularischen Diensten – trotz Digitalisierung – wieder mehr Arbeit bescheren. Jährlich haben wir 12,5 Millionen nicht geschäftliche Reisen ins Ausland. Dabei dürfen wir auch die rund 800 000 im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer nicht vergessen.

Im Zusammenhang mit der Politik senden die Befragten widersprüchliche Signale: Zum einen ist das Vertrauen in die politischen Institutionen ausserordentlich hoch. Gleichzeitig macht sich aber auch das Gefühl eines Politikversagens breit. Gegenüber 24 % im Jahr 2017 haben nun 45 % das Gefühl, die Politik versage oft. Ich sehe darin keinen Widerspruch. Die Institutionen sind die Infrastruktur, Politik ist der Output. Unsere Mechanismen funktionieren gut und sind krisenresistent. Aber das Resultat, also die getroffenen Entscheidungen, leiden unter einem zunehmenden Unsicherheitsgefühl. Es gibt Fragen bezüglich des stagnierenden Wohlstands, der wachsenden globalen Konflikte und der Terroranschläge in Europa. Diese Fragen können ein Gefühl des politischen Scheiterns verursachen. Wir sind in einer schwierigen Situation, wir empfinden, dass die Kontrolle über unser Schicksal weniger gross ist als noch vor zwanzig Jahren.

Bezüglich der Zukunft zeigen sich die Schweizerinnen und Schweizer sehr optimistisch: Nur gerade 7 % sind der Ansicht, es gehe uns in zehn Jahren schlechter. Teilen Sie diesen Optimismus? Ja, denn wir haben gute Gründe dafür. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft stehen auf einer soliden Basis. Als Regierungsmitglied freut mich kein anderes Umfrageresultat mehr als dieses. Es spiegelt die grosse Stabilität der Schweiz und das weitverbreitete Grundvertrauen der Bevölkerung in unser Land.

Sie haben Medizin studiert und als Facharzt für Innere Medizin gearbeitet. Was lernt man als Arzt für die Politik? Der deutsche Pathologe und Politiker Rudolf Virchow hat einmal gesagt: «Politik ist weiter nichts als Medizin im Grossen.» Und ich glaube, er hat recht. Mediziner und Politiker sind sich sehr ähnlich, für beide steht der Mensch mit all seinen Widersprüchen, Hoffnungen und Ängsten im Zentrum des Interesses. Umso erstaunlicher ist es, dass ich erst der zweite Arzt im Bundesrat bin. Der erste war der Thurgauer Adolf Deucher. Er wurde im späten 19. Jahrhundert gewählt und blieb fast dreissig Jahre im Amt. Ein grosses Vorbild (*lacht*). ■



**S.1 Wie die Rente sanieren?**

**VORSORGEREFORM** «Bitte beurteilen Sie diese Ideen und Aussagen zur Altersvorsorge in der Schweiz.»  
 ■ sehr/eher einverstanden [in%]

# Die grosse Ernüchterung

Die AHV ist das Sorgenkind der Schweiz. Auch die geplante Reform greift zu kurz – das Land sollte und müsste den grossen Wurf wagen.

Text Sara Carnazzi Weber und Oliver Adler

\*Link: [credit-suisse.com/jugendbarometer](http://credit-suisse.com/jugendbarometer)

Die hiesige Bevölkerung sorgt sich zunehmend um die Altersvorsorge. Gemäss Sorgenbarometer nennen sie rund 45 % als das wichtigste und dringendste Problem der Schweiz. Neu steht die Rente auch im Jugendbarometer\* zuoberst auf der Liste. Gerade unter denjenigen, die erst in den kommenden Jahrzehnten in den Ruhestand gehen werden, macht sich grosse Ernüchterung breit. Und dies aus gutem Grund.

Die AHV, die erste Säule des Schweizer Altersvorsorgesystems, gibt bereits heute mehr aus, als sie einnimmt. Sämtliche Szenarien zeigen, dass der zusätzliche Finanzbedarf ab 2020 durch das aktuelle System nicht mehr gedeckt werden kann. Gemäss neuen Projektionen der AHV-Finzen bis 2045 wird sich das Defizit ohne Reformen sogar auf 220 Milliarden Franken summieren. Und in der beruflichen Vorsorge, der zweiten Säule, subventionieren Aktive aufgrund zu hoher Rentenversprechen Jahr für Jahr die Generation der Rentner in der Grössenordnung von 5 Milliarden Franken. Wo ihnen die Hände durch das Gesetz nicht gebunden sind, nutzen Pensionskassen zunehmend ihren Spielraum: Umwandlungssätze gehen im überobligatorischen Bereich zurück. Künftige Rentner müssen deshalb mit tieferen Altersleistungen aus ihrem angesparten Alterskapital rechnen. Es erstaunt nicht, dass die Zufriedenheit mit der dritten Säule – wo es keine Querfinanzierung gibt – am höchsten ist, vor der zweiten und der ersten Abb.S.2.

Das Grundproblem der Altersvorsorge ist eigentlich einfach und seit Längerem bekannt. Wir leben immer länger und bei guter Gesundheit. Die



# 45 %

sehen die Altersvorsorge als das grösste Problem der Schweiz an.

Der FITAS WANDERCLUB 55PLUS aus Zug organisiert Tageswanderungen, Wanderwochen und Kulturtage. Gegründet 2002, hat der Verein heute rund 150 Mitglieder. Die Wanderinnen und Wanderer mögen nicht mehr ganz jung sein, doch Fitas betont: «Wir sind ein Wanderclub und nehmen daher auch mal eine strengere Tour in Angriff.»

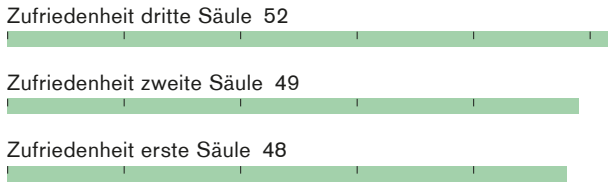




## S.2 Am liebsten privat

**DREI-SÄULEN-MODELL** «Bitte sagen Sie, wie zufrieden Sie auf einer Skala von 0 bis 10 sind.»

■ zufrieden [Werte über 6, in%]



Zeitspanne im aktiven Erwerbsleben, innerhalb deren für den Ruhestand bezahlt und gespart wird, ist jedoch gleich lang geblieben oder hat sich aufgrund von Frühpensionierungen und einem bildungsbedingt späteren Eintritt in das Erwerbsleben sogar noch verkürzt. Kamen zum Zeitpunkt der Einführung der AHV 1948 über sechs Aktive auf einen Rentner, sind das heutzutage noch rund drei und 2045 dürften es noch zwei sein.

Nach dem Scheitern der Reform Altersvorsorge 2020 im vergangenen Jahr hat sich der Bundesrat an die Arbeit gemacht, um eine neue Vorlage zu erarbeiten. Als Massnahmen zur Sicherung der AHV sind die Heraufsetzung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre sowie die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Lohnbeiträgen vorgesehen. Zudem soll die erste Säule als Ausgleich zu den tieferen Unternehmenssteuern im Rahmen der geplanten Steuervorlage pro Jahr zwei Milliarden Franken an zusätzlichen Einnahmen erhalten. Mit diesen Massnahmen würde man der AHV zwar eine Verschnaufpause verschaffen, die langfristige Finanzierung ist damit aber nicht gesichert und bis 2045 werden trotzdem 55 Milliarden Franken fehlen. Die nicht minder wichtige Reform der beruflichen Vorsorge ist auf später verschoben worden.

Nun könnte man argumentieren, dass die Finanzierungslücke gar nicht so gross ist. Geht man von den prognostizierten 220 Milliarden Franken ohne Reform aus, würde der Bund aber bis 2045 für die AHV im Durchschnitt jährlich das Doppelte

aufwenden, als was er pro Jahr für die Bildung ausgibt. Diese Mittel stehen für andere, den Wohlstand der Schweiz fördernde Aufgaben nicht zur Verfügung. Die Rechnung zahlen die künftigen Generationen.

**FÜR GROSSES PRÄDESTINIERT** Wünschenswert wäre ein grosser Wurf in der Vorsorgepolitik, vorausschauende Entscheide, die nicht nur die demografische Alterung über eine graduelle Erhöhung des Rentenalters, sondern auch die Veränderungen in den Lebensmustern berücksichtigen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Lebensphasen verwischen zusehends, diejenige zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit über längere Ausbildungszeiten und lebenslanges Lernen, diejenige zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand über flexible Formen des Austritts aus dem Erwerbsleben. Neue Arbeitsformen sind auf dem Vormarsch, die insbesondere in der beruflichen Vorsorge die Funktionsfähigkeit des Systems zunehmend auf die Probe stellen. Zudem stellt die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau nicht mehr das vorherrschende gesellschaftliche Modell dar.

Fragt man die Stimmberechtigten **Abb.S.1**, ist ihnen klar, dass «alle einen Beitrag leisten müssten» zur Rentenreform, sie schätzen das Drei-Säulen-Modell und scheinen offen für unterschiedliche Lösungen. Als ein Land mit einer der höchsten Lebenserwartungen der Welt, einem starken Dienstleistungssektor und einem entsprechend kleinen Anteil an Erwerbstätigen, die harter körperlicher Arbeit ausgesetzt sind, wäre die Schweiz für einen grossen politischen Wurf prädestiniert. Tatsache ist jedoch, dass die Schweiz heute im OECD-Vergleich zu den Ländern mit dem tiefsten gesetzlichen Rentenalter und somit den längsten Rentenbezugsdauern gehört. Die geplante Reform wird nicht viel daran ändern. ■

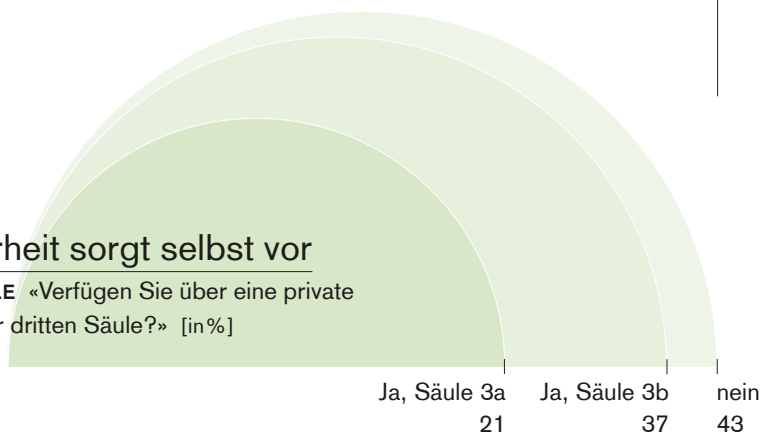
Sara Carnazzi Weber leitet die Swiss Sector and Regional Analysis und Oliver Adler ist Chief Economist Switzerland bei der Credit Suisse.

Weiterführende Studien «Finanzplatz Schweiz 2018: Von der Krise zum Wachstum», Mai 2018 • «Berufliche Vorsorge: Kapital oder Rente?», 2018 • «Private Altersvorsorge: 3a-Sparen in der Schweiz», 2018

Download unter: [credit-suisse.com/Publikationen](https://www.credit-suisse.com/Publikationen) → Märkte & Trends → Schweizer Wirtschaft

## S.3 Mehrheit sorgt selbst vor

**DRITTE SÄULE** «Verfügen Sie über eine private Vorsorge der dritten Säule?» [in%]





# «Packen wir's an»

Das Vertrauen in die Schweizer Institutionen ist im internationalen Vergleich fast unerreicht. Armee und Polizei konnten weiter zulegen, die Politik kommt unter Druck.

Als ein Eckpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz gilt die hohe Qualität der Institutionen. Der starke Schweizer Franken ist nur ein Zeugnis davon, wie auch internationale Anleger von der hiesigen Stabilität überzeugt sind. Und auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen ist – im internationalen Vergleich – immens: Gemäss OECD gibt es kein Land, in dem die Bürger ihrer Regierung mehr vertrauen (80%, Durchschnitt: 43%).

Laut European Social Survey glauben die

Schweizerinnen und Schweizer, die Polizei treffe überwiegend faire und gerechte Entscheidungen – nur vier der 20 untersuchten Länder haben einen knapp höheren Wert.

Und der Glaube in die Institutionen ist sehr breit gefächert: An der Spitze der Vertrauensrangliste im Sorgenbarometer [Abb.2.1](#) steht die Judikative (Bundesgericht), gefolgt von der Exekutive und ihren ausführenden Organen (Bundesrat, Verwaltung, Polizei, Armee) und der Legislative (National- und

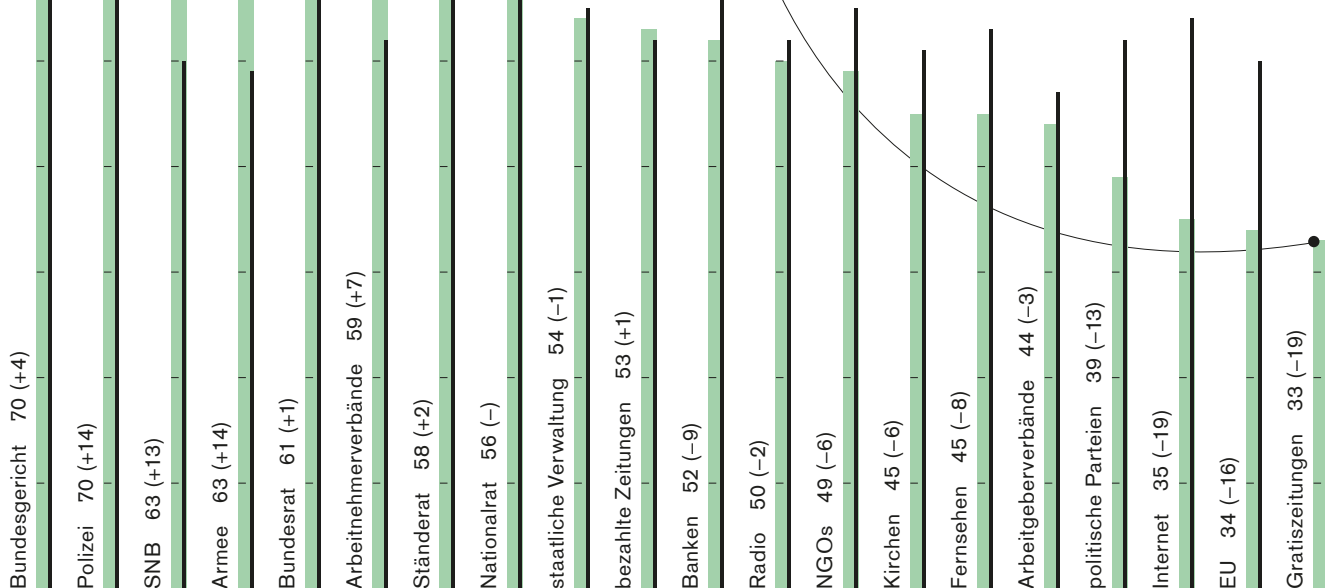
An der Vertrauensspitze:  
Das Bundesgericht  
in Lausanne.

Die grössten Verlierer:  
Gratiszeitungen, Internet,  
EU und Parteien

## 2.1 Woran wir glauben

**VERTRAUEN** «Sagen Sie mir anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist.»

■ 2018 ■ Vorjahr [in %]



# 70%

der Schweizer Bürgerinnen und Bürger vertrauen der Polizei.

Die POLIZEIMUSIK ZÜRICH-STADT wurde 1902 gegründet, sie ist eine Amateurband mit 76 Mitgliedern. Gespielt wird Unterhaltungsmusik. Ziel des Vereins ist es, die guten Beziehungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung zu fördern und den «Mitgliedern einen Ausgleich zur Alltagshektik zu bieten».





Ständerat). Auch die Nationalbank, die Arbeitnehmerverbände, die bezahlten Zeitungen und die Banken gehören zur Gruppe der Institutionen, denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung ihr Vertrauen schenkt.

Die grössten Gewinner dieses Jahres sind die Polizei und die Armee (beide +14 pp). Die Anzahl der Straftaten nimmt seit Jahren ab, was möglicherweise der Polizei angerechnet wird. Die Armee dürfte von der steigenden geopolitischen Unsicherheit profitieren. Sie legt seit 2004 kontinuierlich an Vertrauen zu. Damals lag sie noch bei 31 %, heute bei 63 %. Auch bei einer vergleichbaren Untersuchung der Armee und der ETH («Sicherheit 2018») gewinnen beide Institutionen seit Jahren viel Vertrauen.

Ebenfalls stark an Vertrauen zugelegt hat die Nationalbank (63 %, +13 pp), wobei dieses Ergebnis wohl eher mit einem Ausreisser nach unten im letzten Jahr zu tun hat. Schon zuvor erreichte sie regelmässig Vertrauenswerte von 60 % und mehr.

**DIE VERLIERER** Während die meisten Medien ihr Niveau mehr (bezahlte Zeitungen) oder weniger (Radio und Fernsehen) halten konnten, haben die Gratiszeitungen stark eingebüsst (33 %, -19 pp) – passend zum Resultat im Credit Suisse Jugendbarometer\*, wo die 16- bis 25-Jährigen angeben, dass sie diese kostenfreien Medien immer weniger nutzen. Eine ähnliche Einbusse erlitt das Internet als solches (35 %, -19 pp). Beides könnte auch damit zu tun haben, dass die Diskussion um Fake News in den letzten 12 Monaten omnipräsent war. Auch an

Vertrauen verloren hat die Europäische Union (34 %, -16 pp). Das Verhältnis der Befragten zu Europa ist zurzeit ambivalent. Mehr dazu im Kapitel über die Aussenbeziehungen der Schweiz (s. Seite 66).

Zuletzt verspielten die politischen Parteien viel Vertrauen (39 %, -13 pp), was zur Sorgenrangliste passt (s. Seite 54): Die grössten Probleme und die grössten Prioritäten in der Schweiz liegen bei «inländischen» Themen wie der AHV oder den Krankenkassen. Im Rückkehrschluss kann man annehmen, dass die Befragten finden, die Politikerinnen und Politiker hätten ihre Hausaufgaben nicht vollständig erledigt. Doch auch für die Politik gibt es äusserst positive Nachrichten: Das Interesse für sie war noch nie so hoch Abb. 2.3, 29 % sind sehr und weitere 45 % eher interessiert an politischen Fragen. Den Bürgerinnen und Bürgern scheint bewusst, dass grosse Fragen anstehen, und sie sind offensichtlich bereit, an deren Lösungen mitzuarbeiten.

In das etwas politikkritische Bild passt, dass der «Stolz auf die Schweiz» Abb. 2.2 deutlich abgenommen hat (79 %, -11 pp). So tief war dieser Wert zuletzt im Nachgang zur Finanzkrise (2011). Zusammenfassen liessen sich die Forderungen der Befragten an die politischen Institutionen wohl am besten mit der Parole: «Es gibt viel zu tun, packen wir's an.» ■

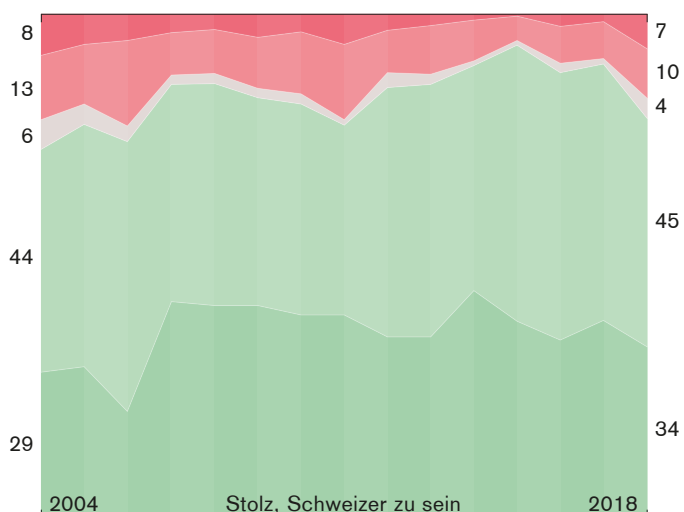
Politik: viel Vertrauen verspielt, aber Interesse stark gestiegen.

\*Link: [credit-suisse.com/jugendbarometer](http://credit-suisse.com/jugendbarometer)

## 2.2 Abnehmender Nationalstolz

**SCHWEIZ** «Sind Sie stolz, Schweizer/Schweizerin zu sein?»

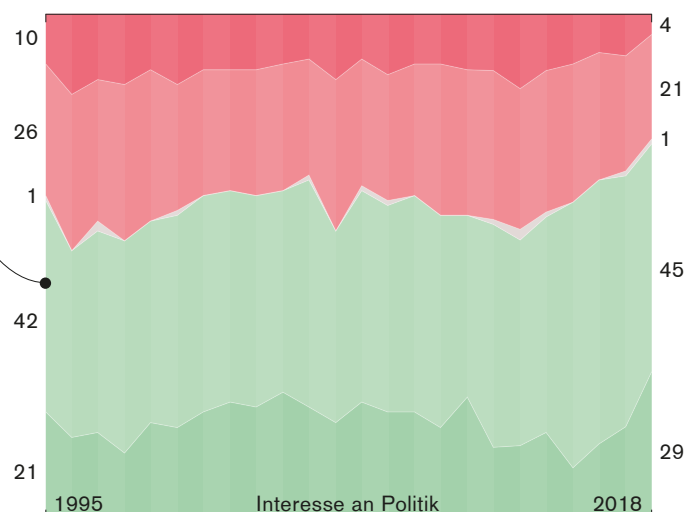
sehr stolz eher stolz weiss nicht / k. A. eher nicht stolz überhaupt nicht stolz [in %]



## 2.3 Zunehmendes Politikinteresse

**POLITIK** «Ganz allgemein gesprochen, wie sehr sind Sie an politischen Fragen interessiert?»

sehr interessiert eher interessiert weiss nicht / k. A. eher nicht interessiert überhaupt nicht interessiert [in %]



# Beziehungsstatus: Es ist kompliziert

Wie soll es weitergehen zwischen der Schweiz und Europa?

Die Befragten signalisieren, dass es Alternativen zur EU gibt, trotzdem sind die Bilateralen unbestritten.

Eine der grossen öffentlichen Diskussionen von 2018 dreht sich um die Globalisierung. Während auf internationaler Ebene vor allem die Einführung neuer Zölle beschäftigt, wird in der Schweiz die Frage erörtert, wie die Beziehung zur Europäischen Union (EU) gestaltet werden soll: Kommt ein Rahmenabkommen zustande? Und falls nicht, wie sieht die Zukunft der bilateralen Beziehungen aus?

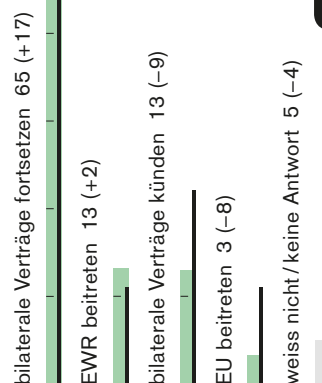
Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der Ausgang der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU noch offen. Wie die Stimmbevölkerung die Aussenbeziehungen der Schweiz einordnet, dürfte jedoch in jedem Szenario interessant sein.

Zuerst zur EU selbst: Bei den Befragten hat sie zwischen 2005 und 2016 massiv Vertrauen aufgebaut, von 20% auf 54%. Dieses hat sie in den letzten zwei Jahren jedoch grösstenteils verspielt – aktuell liegt der Wert gerade noch bei 34% *Abb. 3.2*. In diesem Zeitraum entschied sich Grossbritannien für den Brexit, die Schweiz kam in den Verhandlungen um ein Rahmenabkommen nicht weiter, die Flüchtlingskrise sorgte innerhalb der EU für Dissonanz und den politischen Aufstieg fundamentaler EU-Kritiker.

Welcher Faktor nun genau das Vertrauen zum Erodieren brachte, wurde nicht abgefragt, aber 65% der Befragten finden, dass die EU in den vergangenen 12 Monaten eher oder eindeutig geschwächt wurde.

82 % bezeichnen die Bilateralen als eher oder sehr wichtig.

54 % meinen, die Verstärkung der Handelsbeziehungen mit grossen Ländern wie China oder den USA könnte den Verlust ausreichend ersetzen, sollte sich der Marktzugang zur EU für die Schweizer Wirtschaft verschlechtern.



### 3.1 Nichts ändern, bitte

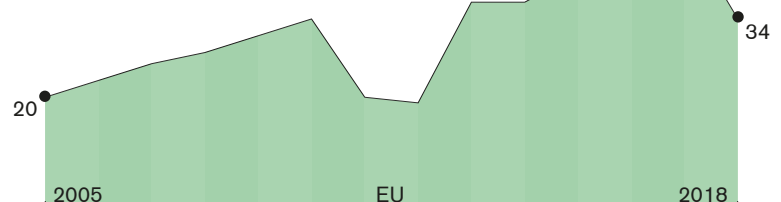
**VERHÄLTNISS ZUR EU** «Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU aussehen?»

— 2018 — Vorjahr [in %]

### 3.2 Vertrauenskrise

**VERTRAUEN IN DIE EU** «Sagen Sie mir anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in diese Institution ist.»

— Vertrauen in die EU [in %]

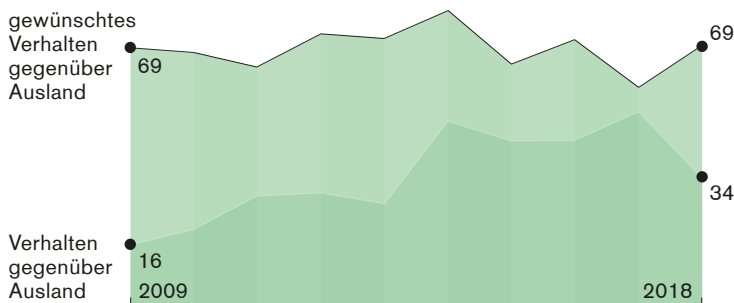




### 3.3 Was sie tun, was sie tun sollten

**VERHALTEN AUSLAND** «Wie verhält sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland, wenn es um die Anliegen des Landes geht?» – «Und wie sollte sie sich verhalten?»

■ eher/viel offensiv(-er) [in%]



Die Mehrheit (54%) ist überdies der Meinung, dass die Verstärkung der Handelsbeziehungen mit grossen Ländern wie China oder den USA den Verlust ausreichend ersetzen könnte, sollte sich der Marktzugang zur EU für die Schweizer Wirtschaft verschlechtern. Eine Einschätzung, die Ignazio Cassis nur ansatzweise teilt: «Theoretisch wäre das vielleicht möglich», sagt der Bundesrat und Aussenminister, «konkret dürfte das sehr viel Zeit benötigen.» Kurzfristig sei die Substitution «illusorisch», denn «unser heutiges Handelsvolumen allein mit Baden-Württemberg und Bayern ist fast ein Viertel grösser als jenes mit China». Lesen Sie das Interview mit Ignazio Cassis und seine Interpretation der Resultate ab Seite 58.

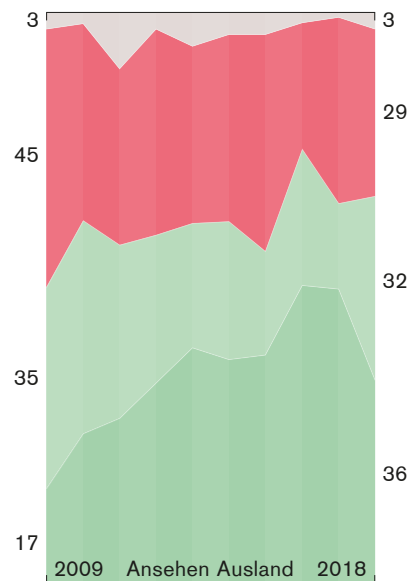
Die Einschätzung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass eine Substitution des EU-Handelsvolumens möglich ist, wird weiter relativiert, wenn man sie konkret nach der Bedeutung der bilateralen Verträge fragt. 82% bewerten diese als wichtig oder gar als sehr wichtig. Und auch wenn man nachhakt und wissen will, welche Beziehungsform zur EU gewünscht sei, ist sich das Elektorat einig: Die bilateralen Verträge sind die mit 65% mit Abstand beliebteste Option, plus 17 Prozentpunkte gegenüber 2017 Abb. 3.1. Zu den Alternativen befragt, würden 13% der Stimmberechtigten einen EWR-Beitritt unterstützen, 13% möchten die Bilateralen kündigen und 3% der EU beitreten.

**UNSERE WIRTSCHAFT IST BESSER** Einig sind sich viele Befragte, dass sich das Schweizer Image im Ausland in den letzten 12 Monaten nicht verbessert hat Abb. 3.4: 2016 meinten noch 52%, die Schweiz hätte an Ansehen gewonnen, nun sehen das nur noch 36% so. Die EU hat an Vertrauen eingebüsst, aber die

### 3.4 Der Ruf der Schweiz

**IMAGE** «Wie hat sich das Ansehen der Schweiz im Ausland in den letzten 12 Monaten verändert?»

■ weiss nicht / k. A.  
 ■ viel und eher schlechter  
 ■ gleich  
 ■ eher und viel besser [in%]



Schweiz wurde in der Eigenwahrnehmung auch nicht beliebter – die Beziehung hat sich grundsätzlich abgekühlt.

Nach diesen Resultaten scheint es wenig erstaunlich, dass nur 34% der Befragten finden, die Schweizer Politik verhalte sich gegenüber dem Ausland offensiv. 69% wünschen sich denn auch, die Politikerinnen und Politiker würden ein offensiveres Verhalten an den Tag legen Abb. 3.3.

Trotz der angespannten aussenpolitischen Lage sind gleichwohl 96% (+7pp) der Befragten davon überzeugt, dass die Schweizer Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz besser dastehe als noch vor Jahresfrist. Das deckt sich mit den Resultaten aus Kapitel 1 (s. Seite 54), die zeigen, dass sich die meisten Bürgerinnen und Bürger praktisch nicht um ihre Arbeitsplatzsicherheit sorgen. ■

# «Ich wünschte mir etwas Aufbruchstimmung»

Die Mitinhaberin und CEO der Weidmann-Gruppe gehört zu den wichtigsten Frauen der Schweizer Wirtschaft. Franziska Tschudi Sauber über die Digitalisierung, Handelszölle und die Resilienz der Schweiz.

Interview Manuel Rybach



Franziska Tschudi Sauber (59) ist Mitinhaberin und CEO der Weidmann (früher Wicor) Holding AG aus Rapperswil. Die Gruppe ist auf Hochspannungsisolation, Naturfaser- und Kunststofftechnik spezialisiert und beschäftigt weltweit 3200 Mitarbeitende. Tschudi Sauber ist im Verwaltungsrat von Swiss Life und Biomed sowie Vorstandsmitglied bei Economiesuisse und Swissmem.

Frau Tschudi Sauber, die Sorge um Arbeitslosigkeit ist die absolute Topsorge in der Geschichte des Sorgenbarometers. Dieses Jahr wird sie aber bloss als sechstgrösstes Problem der Schweiz bezeichnet (s. Seite 54). Warum?

Ich vermute, die gute Wirtschaftslage und die tiefe Arbeitslosigkeit – sie ist mit 2,4 Prozent so tief wie zuletzt vor zehn Jahren – geben den Menschen Sicherheit. Hinzu kommt, dass die Migration in die Schweiz gegenüber den letzten Jahren rückläufig ist und die Globalisierung aufgrund von protektionistischen Massnahmen etwas zurückgebunden wird. Dies könnte dazu führen, dass die Befürchtungen, den eigenen Arbeitsplatz durch die globale Konkurrenz zu verlieren, etwas abgeschwächt wurden.

Optimismus herrscht auch betreffend die Zukunft: 75 Prozent der Befragten halten es für «unwahrscheinlich», dass sie durch neue Technologien ihren Job verlieren. Wird die Gefahr durch die Automation unterschätzt?

Wenn die Befragten die unmittelbare Zukunft meinen, dann teile ich diese Zuversicht. Unsere Arbeitsplätze stehen kurzfristig nicht auf der Kippe. Aber ich fürchte, die langfristigen Konsequenzen von neuen Technologien werden tatsächlich unterschätzt. Es geht hier ja nicht bloss um Roboter, sondern um völlig neue Wertschöpfungsmodelle, die im Zuge der Digitalisierung auf uns zukommen werden. Das wird unseren Arbeitsmarkt umwälzen und es gilt, rechtzeitig darauf zu reagieren. Wir müssen jetzt schon damit beginnen, die Jungen für die Zukunft aus- und unsere Mitarbeitenden weiterzubilden.

Eine gewisse Ambivalenz zeigt sich bei den gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Technologien. Die drei Aussagen, dass Technologie die Lebensqualität verbessert, die Gesellschaft bequem macht und staatliche Kontrolle vereinfacht, erhalten alle hohe Zustimmung. Eine differenzierte Einschätzung – und es stellt sich tatsächlich die Frage, wie wir als Gesellschaft damit umgehen. Für mich überwiegen die Chancen. Statt Skepsis wünschte ich mir in Sachen Digitalisierung etwas mehr Mut und Aufbruchstimmung. Auch seitens der Politik. Denn ich habe den Eindruck, dass andere Länder viel aktiver sind, etwa im Bereich der Digitalisierung von Prozessen und Dienstleistungen.

Zugenommen haben die Sorgen um «neue Armut» und «Löhne». Erleben Sie das als Reaktion auf eine zunehmende Ungleichheit?

Die Medien berichten viel darüber. Tatsache ist: Die Einkommens- und die Vermögensungleichheit haben sich in der Schweiz langfristig stabil gehalten. Die Schere ist nicht in selbiger Masse aufgegangen wie in anderen Ländern. Trotzdem gilt es, diese neuen Sorgen ernst zu nehmen. Sie hängen wohl damit zusammen, dass die Löhne in den letzten Jahren ziemlich stagniert haben und dass vor allem der Mittelstand das Gefühl hat, er gerate zunehmend unter Druck. Zudem vermute ich, dass hier auch die Sorge um die Renten mitspielt. Die Angst, dass man im Alter den gewohnten Lebensstandard nicht mehr halten kann.

Bei der Sorge um die Altersvorsorge differenzieren die Befragten. Am besten



schneidet die dritte Säule ab, am schlechtesten die erste Säule. Warum ist die Zufriedenheit mit der privaten Vorsorge grösser?

Ich denke, dass wir sicherheitsbewussten Schweizer jene Instrumente bevorzugen, die wir selbst beeinflussen können. Dafür steht die dritte Säule, hier kann man selbst steuern, wie viel man riskieren will. Die Unzufriedenheit mit der AHV bringt die Sorge um deren Finanzierung zum Ausdruck und den dringenden Wunsch nach einer nachhaltigen Lösung.

Die Unternehmensgruppe Weidmann ist global tätig. Erleben Sie die politische Grosswetterlage mit Handelszöllen als reale Bedrohung?

Wir produzieren vor Ort, in rund zwanzig Ländern. So gesehen sind wir relativ gut aufgestellt, was die Handelszölle angeht. Generell beobachte ich diese Entwicklung natürlich mit Sorge, sehe aber für die

Schweiz durchaus auch Chancen. Wir können als kleines Land relativ agil und selbstständig agieren und mit bilateralen Freihandelsabkommen neue Märkte erschliessen. Dabei geht es gar nicht nur um tiefere Zölle, sondern darum, dass man dank solchen Abkommen ein engerer und vertrauterer Partner wird, wie das Beispiel China exemplarisch zeigt.

Die drei Hauptmerkmale der Schweizer Identität sind gemäss Sorgenbarometer Sicherheit, Neutralität und Landschaft. Überrascht Sie diese eher traditionelle Identifikation?

Nein – in Zeiten von zunehmenden bewaffneten Konflikten und Migration erstaunt mich das nicht. Es freut mich und stimmt mich optimistisch, dass viele Menschen stolz sind auf unsere Sicherheit, wo ein Bundesrat ohne Schutzbegleitung Tram fahren kann. Auf unsere Neutralität, die es uns ermöglicht,

Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen. Auf unsere wunderschöne Landschaft, die wir geniessen und der wir Sorge tragen sollten.

Für welche drei Dinge steht die Schweiz für Sie persönlich?

Erstens für Stabilität, basierend auf einem funktionierenden Rechtssystem und einer starken Wirtschaft. Zweitens für Solidarität. Die Bevölkerung steht ein für Minderheiten und Schwächere, was für den sozialen Frieden von unschätzbarem Wert ist. Und drittens für Innovations- und Erneuerungskraft. Beste Beispiele waren die Finanz- und Wirtschaftskrise oder der Frankenschock. Es ist beeindruckend, wie schnell wir es schaffen, aus solchen Krisen herauszukommen. ■

## 4

## IDENTITÄT

# Bedrohte Identität

Reformstau, Einwanderung und Probleme mit der EU werden als Gefahr wahrgenommen. Doch dann gibt es noch eine positive Nachricht.

Die Rangliste der Dinge, welche die Schweizer Identität gefährden [Abb. 4.1 \(nächste Seite\)](#), kann als Essenz der vorherigen Kapitel angesehen werden.

An der Spitze steht der Reformstau – das passt zu Sorgenrangliste und zu den politischen Prioritäten der Schweiz ([s. Seite 54](#)), wo die Renten und die Gesundheit (inklusive der Krankenkassen) zu den vordringlichsten Problemen gezählt werden, die gelöst werden müssen. Entsprechend erstaunt es nicht, dass ein grosser Reformstau ausgemacht wird und dieser die Schweizer Identität bedroht: Die AHV und die Gesundheitsversorgung gehören zum Sozialstaat, der die Schweiz zusammenhält.

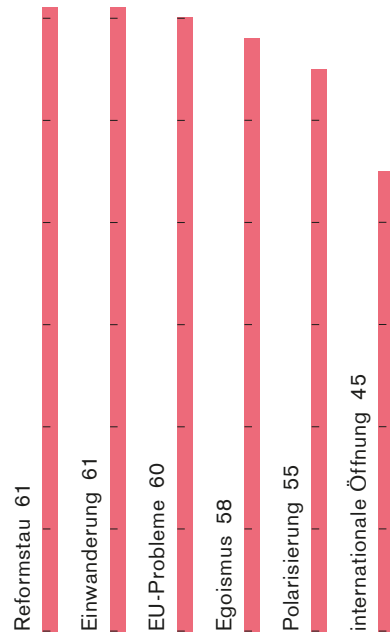
Auf Rang 2 der identitätsbedrohenden Elemente folgt die Einwanderung. Fast schon traditionell sind Immigrationsthemen weit vorn in der Sorgenrangliste klassiert und auch im ersten Credit Suisse Fortschrittsbarometer\* wird die Aussage «Die Zuwanderung setzt die Gesellschaften anders zusammen» als Entwicklung bewertet, die man bremsen möchte.

\*Link: [credit-suisse.com/fortschrittsbarometer](https://www.credit-suisse.com/fortschrittsbarometer)

## 4.1 Was der Schweiz droht

### GEFÄHRDUNG DER IDENTITÄT

«Man hört verschiedene Argumente, wieso die Schweizer Identität gefährdet werden könnte. Geben Sie bitte an, ob Sie durch folgende Ursachen die Schweizer Identität gefährdet sehen.» [in%]



Auch als potenziell negativ für die helvetische Identität werden EU-Probleme wahrgenommen. Im vorangehenden Kapitel wird die ambivalente Haltung der Befragten zu Europa ausführlich besprochen (s. Seite 66): Man kann nicht ohne, aber mit gilt auch als schwierig.

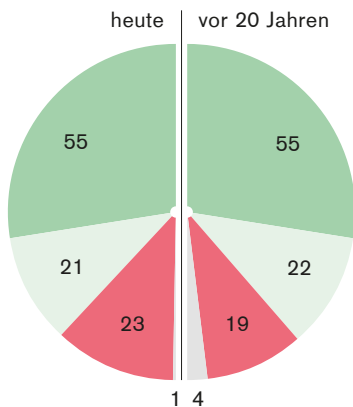
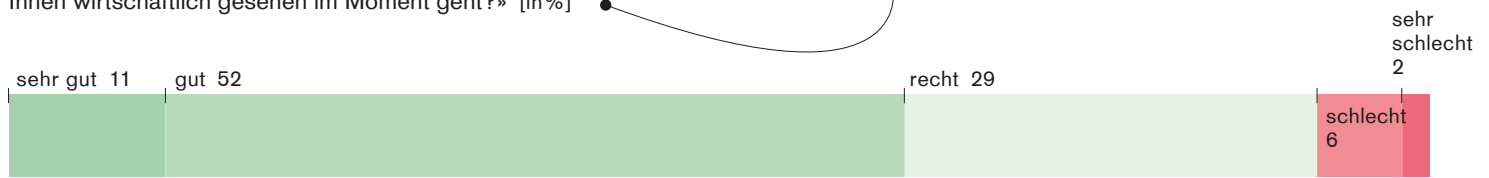
Zur sozialen Stellung beziehungsweise zur Frage, wie sich die hiesige Gesellschaft zusammensetzt, gibt es ein Resultat, das aufhorchen lässt: 23% würden sich selbst unten in der Gesellschaft einordnen. Nach ihrer Position vor 20 Jahren gefragt, meinen nur 19%, sie gehörten damals zur niedrigsten Schicht Abb. 4.3. Dazu passt, dass «Löhne» und «neue Armut» dieses Jahr von mehr Menschen als grösste Probleme der Schweiz bezeichnet werden (s. Seite 54).

**NOTE 5 FÜRS EIGENE LEBEN** Diese Sorgen und der sich in der ganzen Umfrage manifestierende latente Unmut gegenüber dem politischen System sollten nicht unterschätzt werden. Gleichzeitig kann

## 4.2 Uns geht es gut

**WIRTSCHAFTLICHE LAGE** «Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?» [in%]

92% bezeichnen ihre wirtschaftliche Lage als recht, gut oder gar sehr gut.



## 4.3 Sozialer Abstieg

**EIGENE POSITION** «In der Schweiz gibt es Leute, die oben, und Leute, die unten stehen in der Gesellschaft. Wo würden Sie sich selbst auf der Skala von oben (10) bis unten (0) platzieren?»


[in%]  
 — oben — weder noch  
 — unten — weiss nicht / k. A.

relativierend angemerkt werden, dass es den Befragten gemäss der eigenen Wahrnehmung sehr gut geht. Denn gefragt, wie zufrieden sie sind, geben 89% ihrem eigenen Leben eine Note von 5 und mehr (Maximum: 10) und 42% sogar eine 8 und mehr. Ähnlich hohe Werte werden genannt, wenn es um den Inhalt des eigenen Portemonnaies geht: Trotz der genannten Sorgen um Löhne und um die neue Armut beurteilen 92% ihre wirtschaftliche Lage als recht, gut oder gar sehr gut Abb. 4.2.

**Die Studie** Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Credit Suisse hat das Forschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 26. Juni und dem 15. Juli 2018 eine repräsentative Umfrage bei 2551 Stimmberechtigten mit Wohnsitz in der Schweiz durchgeführt. Der statistische Stichprobenfehler liegt bei ±3,2 Prozentpunkten. Die gesamte Umfrage und weitere Artikel stehen zum Download bereit auf: [credit-suisse.com/sorgenbarometer](http://credit-suisse.com/sorgenbarometer)

**Impressum** Die Projektleitung bei der Credit Suisse verantworten Mandana Razavi und Yanik Schubiger. Die vorliegende Auswertung erfolgte durch Simon Brunner/Ammann, Brunner & Krobath (Redaktion, Texte), Bill Schulz/Crafft (Layout, Grafiken) und Basil Stücheli (Fotos).





61 %

sind davon überzeugt, dass der Reformstau die Schweizer Identität gefährdet.

**UZH ALUMNI POLITIKWISSENSCHAFT**  
ist ein Verein für Politologinnen und Politologen der Universität und der ETH Zürich. Organisiert werden Veranstaltungen wie die «Diners politiques», wo Persönlichkeiten aus der Schweizer und internationalen Politik teilnehmen, und Karriere-Tage für Studentinnen und Studenten. Der Verein wurde 1999 gegründet und zählt 160 Mitglieder.





41%

der Schweizer Stimmbevölkerung sehen bei der Gesundheit, beziehungsweise den Krankenkassen, das grösste Problem des Landes.

BARDOGS ZÜRICH ist ein Streetworkout-Verein aus Birmensdorf (ZH), die Mitglieder trainieren gemeinsam im Freien: Klimmzüge an Leitern, Rumpfbeugen in Parks, Liegestützen auf Bänken. Der Verein wurde 2012 gegründet, zählt 36 Mitglieder und tritt oft in Shows auf. Teil der Professionalisierung ist, dass man heute im selbstgegründeten Gym, dem «Home of Bardogs», übt (Bild).